



## Nicht immer ist es der Brexit

Dass italienische Banken ein Problem haben, ist nicht neu. Die Größe des Problems ist dagegen schon außergewöhnlich. Ziemlich genau 360 Milliarden Euro. Das ist die Höhe der offiziell als notleidend eingestuften Kredite der Kreditinstitute. Was nichts anderes bedeutet, als dass die Banken auf diese Summe im besten Falle keine Zinszahlungen erhalten, im schlechtesten Fall sind die Schuldner schlichtweg insolvent. Damit hält das italienische Bankensystem einen traurigen Rekord. 17 Prozent aller Kredite sind notleidend. Das ist nicht nur zehnmal mehr als aktuell in den USA, sondern auch mehr als dreimal so viel, wie jenseits des Atlantiks zu Zeiten der Finanzkrise. Seit dem Jahr 2008 lautete die Devise der Banken: Zeit gewinnen. So schuldeten sie die notleidenden Kredite bei Fälligkeit wieder um und hofften auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, der die Zahlungsfähigkeit der klammen Schuldner auf wundersame Weise wieder ins Lot bringen würde. Es kam bekanntermaßen anders.

Schätzungen gehen davon aus, dass die Banken die Problemkredite auf etwa 50 Prozent des Ursprungsbetrages abgeschrieben haben. Versuche die Kreditportfolios am Kapitalmarkt zu veräußern, scheiterten jedoch auch in der jüngeren Vergangenheit, weil die Investoren den Wert der Portfolios nur bei etwa 20-25 Prozent des Ursprungsbetrages ansiedeln. Da darf man schon einmal fragen, wer eigentlich zwischen Dezember 2005 und Oktober 2011 Chef der italienischen Notenbank und damit direkt für die Maßnahmen zur Sicherung des italienischen Bankwesens verantwortlich war? Die Antwort lautet Mario Draghi, seit viereinhalb Jahren der Chef der EZB. Bei diesem Szenario kann es kaum überraschen, dass

Italiens Regierungschef Matteo Renzi frei nach dem Motto "Außergewöhnliche Umstände bedürfen außergewöhnlicher Maßnahmen" die Börsenturbulenzen im Nachgang des Brexit für seine Zwecke zu nutzen versuchte. In dieser Woche forderte er von Brüssel inoffiziell, das Anfang des Jahres in Kraft getretene Bail-in-Prinzip für italienische Banken auszusetzen. Das würde bedeuten, dass nicht Gläubiger und Aktionäre bei einer Pleite eines Geldinstituts haften würden, sondern wieder der Steuerzahler. Als Begründung verwies er auf die heftigen Kursverluste der italienischen Banken, die das Risiko einer Bankenkrise drastisch erhöht hätten. Die Fakten stehen Renzi zur Seite. Der Bankenindex verlor am Montag nach dem Brexit 3,7 Prozent und in den letzten sechs Monaten katastrophale 56 Prozent. Nun fürchtet die italienische Zentralbank, dass die Sparer ihr Vertrauen verlieren, ihr Geld abziehen und die Banken damit noch mehr in Schieflage geraten. Dennoch wies die EU das italienische Begehren, den kriselnden Banken mit 40 Milliarden Euro Staatshilfen unter die Arme zu greifen, erwartungsgemäß zurück. Schließlich gelten seit zwei Jahren verschärfte Regeln, die zunächst die Beteiligung der Aktionäre und Gläubiger vorsehen, bevor der Staat Steuergelder einsetzen darf.

Nun fanden sich zwischen all den Vorschriften aber auch solche, die dem Staat erlaubten den Banken mit einem „Liquiditäts-Unterstützungsprogramm“ unter die Arme zu greifen. Dafür, so hört man, stünden bis zu 150 Milliarden Euro zur Verfügung. Sicher keine schlechte Idee, wenn man bedenkt, dass die EU am 29. Juli die Ergebnisse eines neuen Stresstests aller Banken bekannt geben wird. Zum Glück weist Italien mit der Unicredit nur eine systemrelevante Bank auf. Apropos: Die Analysten der US-Investmentbank Goldman Sachs kann all das nicht schrecken. Sie empfehlen die Aktie von Unicredit zum Kauf – mit einem Kursziel von 3,50 Euro. Und das bei einem aktuellen Kurs von 1,85 Euro.